

Future.Talk 4 / 2015 Altersvorsorge im internationalen Vergleich: Wo steht Österreich?

Wien, 1. Dezember 2015

Nachhaltige Altersvorsorge möglich – Politischer Wille gefragt

Der internationale Vergleich der Altersvorsorgesysteme und die Position Österreichs in entsprechenden Rankings bilden immer wieder Anlass zu kontroversen Diskussionen. Eine Veranstaltung am 1. Dezember 2015 an der WU Wien griff diese Thematik auf und diskutierte die Altersvorsorge im internationalen Vergleich. Anwesend waren etwa 100 Personen aus Politik und Wirtschaft. Nach einer Begrüssung durch **Dr. Hans Groth**, Präsident des St. Galler World Demographic & Ageing Forum (WDA Forum) stellte **Prof. Dr. Martin Eling**, Professor an der Universität St. Gallen, die Ergebnisse des Melbourne Mercer Global Pension Index vor. Im internationalen Vergleich sticht insbesondere die fehlende Nachhaltigkeit des österreichischen Vorsorgesystems hervor. Die Einführung von Automatismen, etwa die Anbindung von Rentenalter an die Lebenserwartung, ist eine Möglichkeit, um die Nachhaltigkeit im österreichischen Vorsorgesystem zu stärken.

Mag. Josef Bauernberger vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz trat diesem mit der Aussage entgegen, dass das öffentliche Pensionssystem durchaus langfristig – auch ohne Automatismen – finanzierbar sei. Entscheidend für die Finanzierbarkeit sei aber eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der über 50 Jährigen. Das betriebliche Gesundheitswesen und die Schaffung altersadäquater Arbeitsplätze sind Voraussetzungen, um die Lücke zwischen dem gesetzlichen Rentenalter und dem tatsächlichen Renteneintrittsalter zu schliessen. Bauernberger sieht hier auch eine Rolle für betriebliche und private Vorsorgesysteme. Diese können das staatliche Vorsorgesystem aber nicht ersetzen, sondern nur ergänzen.

MMag. Peter Part, Bundesministerium für Finanzen, bis September d.J. Vorsitzender der EU Arbeitsgruppe «Ageing and Fiscal Sustainability», beleuchtete anhand des EU Ageing Reports die Frage, was Österreich vom Ausland lernen kann. Die demografische Alterung ist demnach eine zentrale Herausforderung für die Finanzierung von Pensionen, Gesundheit und Pflege nicht nur in Österreich, sondern letztlich in allen EU Ländern. In den vergangenen Jahren wurden europaweit zahlreiche Reformen im Pensionsbereich, insbesondere auch die Erhöhung des Pensionsantrittsalters und die Einführung von Nachhaltigkeitsmechanismen, durchgeführt. Zur Stärkung der Nachhaltigkeit sind auch in Österreich in den nächsten Jahren Reformen notwendig. In diesem Zusammenhang richtet auch die EU konkrete Empfehlungen an Österreich, etwa die Anbindung des gesetzlichen Pensionsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung und die raschere Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen mit jenem der Männer.

Abschliessend ging **Dipl.-Ing. Manfred Rapf**, Sprecher der Sektion Lebensversicherung im Versicherungsverband, auf den Stellenwert der kapitalgedeckten Vorsorge ein. Diese führt seiner Aussage nach in Österreich ein stiefmütterliches Dasein. Sie kann allerdings ein wichtiger Baustein werden, um den zunehmenden Finanzierungsdruck staatlicher Vorsorgesysteme zu nehmen. Gefragt ist der politische Wille aller Beteiligten, um ein Konzept für ein integriertes Drei-Säulen-Zukunftsmodell fernab von ideologischen Debatten zu erarbeiten. Die kapitalgedeckte Vorsorge kann somit helfen, die mit dem demografischen Wandel zu erwartende Versorgungslücke zu schließen.

In der abschliessenden Podiumsdiskussion unter Leitung von **Dr. Georg Wailand** wurde die Frage diskutiert, wie ein nachhaltiges Zukunftsmodell für Österreich aussehen kann. **Dr. Ulrich Schuh**, Forschungsvorstand bei ECO Austria, stellte die immer noch vorhandenen Fehlanreize für Frühverrentung und die mangelnde Generationensolidarität in Frage. Es herrschte Einigkeit, dass eine Ergänzung des umlagefinanzierten staatlichen Vorsorgesystems um eine kapitalgedeckte Vorsorge sinnvoll ist. Auch die Stärkung der Arbeitsmarktfähigkeit älterer Arbeitnehmer ist ein enorm wichtiges Element. Insofern ist eine nachhaltige Altersvorsorge möglich, die Stellhebel sind bekannt. Der Ball liegt damit bei der Politik und den Sozialpartnern diese Stellhebel in Angriff zu nehmen.